

17.2.77

3 x NEIN zu den Initiativen der Republikaner und der  
Nationalen Aktion, 1 x JA zum Gegenvorschlag des Parlamentes

Der Föderativverband lehnt die neuen, aber wie gewohnt fremdenfeindlichen Volksbegehren der Ueberfremdungsparteien ab. Das sogenannte Volksbegehren "zum Schutz der Schweiz" (4. Ueberfremdungsinitiative) der Republikanischen Bewegung verlangt einen Abbau der ausländischen Wohnbevölkerung von über 250'000 Personen innert 10 Jahren. Nationalrat James Schwarzenbach kehrt immer wieder, auch wenn er zwischendurch seine politische Palette etwas erweitert und für einen Abbau der AHV kämpft oder mit unsachlichen Polemiken die Beamten beschimpft, zu seinem Lieblingsthema zurück: Ausländer raus! Diesmal soll es den Niedergelassenen an den Kragen gehen, also ausgerechnet jenen, die schon seit Jahren in der Schweiz leben und bereits einen Anpassungsprozess mitgemacht haben. Dass der Wirtschaftseinbruch und die Politik des Bundesrates zu einem starken Rückgang der ausländischen Erwerbstätigen und der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz geführt haben, genügt den Initianten nicht. Der Exodus soll zum Zwang werden. Nur die rechtlosen Saisoniers, denen man pfeift, wenn man sie braucht, und die man abschiebt, wenn sie ihre Pflicht getan haben, sollen weiter unbeschränkt ins Land geholt werden dürfen.

Die Nationale Aktion hat die 5. Ueberfremdungsinitiative, das Volksbegehren "zur Beschränkung der Einbürgerungen", eingereicht. Die damit verlangte Beschränkung der Einbürgerungen auf insgesamt 4'000 pro Jahr würde bedeuten, dass jede Schweizer Gemeinde im Jahr kaum mehr als eine Person einbürgern könnte. Da in den meisten Fällen ganze Familien ins Schweizer Bürgerrecht aufgenommen werden, würde mit einer Einbürgerung oft das Kontingent für einige Jahre ausgeschöpft. Solchen unsinnigen Begehren gehört eine deutliche Abfuhr.

Bei der Initiative der Nationalen Aktion für die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums steckt der Teufel in der Uebergangsbestimmung, nach der auch bereits bestehende Staatsverträge mit dem Ausland nachträglich dem Referendum unterstellt würden. Hier geht es eindeutig gegen

bestehende Niederlassungsverträge. Der Kampf gegen unsere Gastarbeiter wird mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln geführt. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung hingegen bringt einen sinnvollen Ausbau des Mitspracherechtes der Stimmbürger beim Abschluss von neuen unbefristeten Staatsverträgen. Wir fordern deshalb alle Mitglieder der angeschlossenen Organisationen auf, am 13. März

den Gang zum Stimmlokal nicht zu verfehlen,

die drei Initiativen klar abzulehnen

und nur für den Gegenvorschlag zum Staatsvertragsreferendum ein JA in die Urne zu legen.

pfv.